

Judith Pákh

Die Revolution in Hessen – einige Grundzüge

Entnommen Ulla Plener (Hrsg.), *Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland*, Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 85, Karl Dietz Verlag Berlin 2009

Aufgesucht unter http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2010/2173/pdf/Manuskripte_85.pdf am 12.12.2016

auch als Audiodatei in <https://www.rosalux.de/die-novemberrevolution-191819-fuer-buergerliche-oder-sozialistische-demokratie.html>, aufgesucht am 12.02.2017

Weiteres Werke von Judith Pákh: *Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830–1949*. hg. von der IG Metall Hanau/Fulda. CoCon-Verlag Hanau 2007

Die Landschaft vor der Revolution

Die Welle der Revolution, die seit den ersten Novembertagen von den Kriegshäfen Richtung Süden rollte, stieß auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen auf die Territorien zweier Staatsgebilde: auf die preußische Provinz Hessen-Nassau mit den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden (1919: 2.2 Millionen Einwohner) sowie auf das Großherzogtum Hessen mit den drei Provinzen Oberhessen, Starkenburg und der linksrheinischen (heute zum Bundesland Rheinland-Pfalz gehörenden) Provinz Rheinhessen (1. Millionen Einwohner). Der industrielle Schwerpunkt mit der größten Bevölkerungsdichte lag im Ballungsraum des Rhein-Main-Gebietes um die Großstadt Frankfurt am Main, die 1919 rd. 438.000 Einwohner zählte. Großstädte wie das preußische Wiesbaden und das hessische Mainz mit je knapp über 100.000 Einwohnern gehörten ebenso zu dieser wirtschaftlichen Einheit wie die großhessischen Mittelstädte Darmstadt (82.000) und Offenbach (75.000) oder das preußische Hanau (39.000). Im nördlichen landwirtschaftlich dominierten Regierungsbezirk der preußischen Provinz Hessen-Nassau war die Stadt Kassel mit 160.000 Einwohnern das bedeutendste Industrie- und Wirtschaftszentrum. Im Krieg wurde die metallverarbeitende Industrie, die an den verschiedenen Standorten als Maschinenbau, Elektrotechnik oder Fahrzeugbau eine wichtige Rolle spielte, ebenso wie die chemische Produktion fast vollständig in den Dienst der Rüstungsproduktion gestellt. In Kassel wurde 1916 eine neue Munitionsfabrik, die bis zu 15.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte, aus dem Boden gestampft.¹

Der politische Charakter der Regionen, der Boden, der den revolutionären Impuls aufnahm und weiterentwickelte, war unterschiedlich beschaffen. Im Großherzogtum Hessen waren die Rahmenbedingungen für die Organisation und die Tätigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung freizügiger gestaltet als in Preußen. Die Wahlbestimmungen zu den öffentlichen politischen Vertretungen (Kommunen, Landtag) waren weniger rigide als das preußische Dreiklassenwahlrecht. Weitere Lockerungen brachte das Reformgesetz von 1911. Es schaffte die indirekte Wahl und den Zensus ab, setzte das Wahlrecht für die Steuerzahler über dem 25. Lebensjahr fest, begünstigte allerdings die Wähler über dem 50. Lebensjahr mit einer zusätzlichen Stimme. Insgesamt waren aber kaum mehr als 20 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt.² In der zweiten Kammer des Darmstädter Landtags saßen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Mandatsträger der Sozialdemokratie (1911 acht Abgeordnete von 58), während in den preußischen Landtag erstmals 1908 Kandidaten der SPD Einzug hielten. 1913 gehörten der Offenbacher Stadtver-

¹ Die statistischen Angaben sind folgenden Publikationen entnommen: Statistisches Handbuch für den Volksstaat Hessen, 3. Ausgabe 1924, Darmstadt 1924, S. 7, 9; Franz Lerner: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Nassauer Raumes 1816-1964, Wiesbaden 1965, S. 180, 226; Jürgen Höpken: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914-1922, Darmstadt 1983, S. 12; Frankfurt am Main: Bevölkerung und Wirtschaft, Frankfurt am Main 1965, S. 9; Judit Pákh: *Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830-1949*, Hanau 2007, S. 949.

² Siehe Wolf-Heino Struck: *Die Revolution von 1918/19 im Erleben des Rhein-Main-Gebietes*, Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 19, 1969, S. 399; Tobias Haren: *Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessischer Weg zur Demokratie*, Berlin 2003, S. 26.

ordnetenversammlung neben 10 Vertretern des Bürgertums 32 der SPD an. Im preußischen Kassel ging ihre Zahl nicht über drei.³

Unter dem Einfluss führender Revisionisten wie Carl Ulrich, Bernhard Adelung, Eduard David wurde die parlamentarische Tätigkeit zum Nährboden für die Durchsetzung des Reformismus im Großherzogtum. Listenverbindungen mit den bürgerlichen Parteien bei den kommunalen und den Landtagswahlen waren an der Tagesordnung. Die Plaudereien auf „parlamentarischen Abenden“ mit dem kunstsinnigen, konzilianten Großherzog Karl Ludwig gaben den Sozialdemokraten im Landtag ein Gefühl der Zugehörigkeit zur gehobenen Gesellschaft.⁴

Auch im preußischen Regierungsbezirk Kassel gehörten die tonangebenden Vertreter der SPD zur reformistischen Richtung und zu den Verfechtern der im Krieg eingeschlagenen Burgfriedenspolitik. Es seien nur Philipp Scheidemann, zwischen 1905 und 1911 Redakteur beim „Kasseler Volksblatt“, und Albert Grzesinski, Vorsitzender der Verwaltungsstelle Kassel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) und ab 1913 des Gewerkschaftskartells, genannt. Einer der eifrigsten Unterstützer der Kriegspolitik war Georg Thöne, der 1908 als erster Abgeordneter der SPD für Kassel in den Reichstag gewählt wurde. Die bürgerlichen Fraktionen in der Stadtordnetenversammlung gestanden im Februar 1916 der Kasseler SPD über ihre in der Wahl gewonnenen drei Mandate hinaus zwei weitere Mandate zu, als „Belohnung“ für ihren Einsatz im Dienste der Kriegsanstrengungen.

Das konservative ländliche Umfeld vieler Arbeiter und die lassalleanische Tradition mit ihrer ausgeprägten Staatsgläubigkeit boten der opportunistischen Politik in Kassel einen günstigen Nährboden.⁵ Zaghaft nur entwickelte sich unter solchen Umständen der Widerstand gegen den Krieg. Die erste Ortsgruppe der USPD im ganzen sozialdemokratischen Agitationsbezirk Kassel wurde im Mai 1917 in dem Kasseler Arbeitervorort Wolfsanger gegründet. Im Sommer des Jahres wurden auch im Kasseler DMV die Zeichen einer oppositionellen Strömung erkennbar.⁶ Vor diesem Hintergrund überraschte die Dynamik der Streikbewegung, die sich Ende Januar 1918 in den Kasseler Rüstungsbetrieben ausbreitete. Über 10.000 Arbeiter und Arbeiterinnen legten die Arbeit nieder und schlossen sich in einer Versammlung im Stadtpark den politischen und wirtschaftlichen Forderungen ihrer streikenden Berliner Kollegen an. Die Kasseler Bewegung war die größte Aktion im Zusammenhang der Januarstreiks in dem ganzen hier behandelten Raum. Die Vertreter der MSPD, sonst Anhänger des burgfriedensbedingten Streikverbots, waren jetzt auch in Kassel sofort zur Stelle, um der USPD die Führung streitig zu machen. Der Kasseler Oberbürgermeister Erich Koch (Fortschrittspartei) fand in seinem Tagebuch zur Charakterisierung dieses Verhaltens die Worte: „Diese unglücklichen sozialdemokratischen Führer schwanken jetzt zwischen zwei Wünschen hin und her: einerseits möchten sie die Massen ruhig halten, andererseits aber möchten sie ihnen zeigen, wie tapfer sie selber mit ihnen gehen.“⁷

Im Gegensatz zu Nord- und Südhessen setzte der Widerstand gegen den Krieg im südlichen Teil des Frankfurter Agitationsbezirk der SPD, vor allem in Frankfurt und Hanau, nie vollständig aus.⁸ Er nährte sich nur vordergründig aus der Ernüchterung über das Kriegsgeschehen und den zweifelhaften Errungenschaften der Burgfriedenspolitik. Seine Grundlage bildete eine langjährige politische und gewerkschaftliche Erziehungsarbeit im Sinne des proletarischen Internationalismus, die über den Charakter der imperialistischen Kriege und einer sogenannten Sozialpartnerschaft keine Illusionen nährte. Leopold Emmel, Gustav Hoch, Robert Dißmann, Paul Levi, Tony Sender und Friedrich Schnellbacher waren in Frankfurt und in Hanau die führenden Vertreter dieser marxistischen Traditionslinie.

³ Siehe Bernhard Adelung: Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, Offenbach 1952, S. 96; Haren, Volksstaat Hessen, S. 27; Rudolf Günter Huber: Sozialer Wandel und politische Konflikte in einer südhessischen Industriestadt. Kommunalpolitik der SPD in Offenbach 1898-1914, Darmstadt 1985, S. 261; Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 306

⁴ Siehe Adelung, Sein und Werden, S. 89, 118; Haren, Volksstaat Hessen, S. 25.

⁵ Siehe Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 4, 69, 72, 75, 84.

⁶ Siehe ebenda, S. 79, 143ff.

⁷ Ebenda, S. 139ff.

⁸ Organisationstechnisch gehörte Hanau zum sozialdemokratischen Agitationsbezirk Frankfurt, verwaltungsmäßig zum Regierungsbezirk Kassel.

Der Hanauer Kreiswahlverein der SPD forderte noch am 3. August 1914 die Reichstagsfraktion der Partei dazu auf, am 4. August gegen die Kriegskredite zu stimmen. Aus dem Gebiet des sozialdemokratischen Agitationsbezirks Frankfurt bekräftigten 51 Sozialdemokraten und Gewerkschafter im Juni 1915 mit ihren Unterschriften öffentlich die Forderung an den Parteivorstand und an die Reichstagsfraktion zur Beendigung der Burgfriedenspolitik: Sechs Unterschriften stammten aus Frankfurt, zwei aus Höchst, eine aus Wiesbaden und 35 aus dem Stadt- und Landkreis Hanau.⁹ Der Konstituierung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ im März 1916 im Reichstag folgten entsprechende Vorgänge in den Lokalorganisationen. Im Frühjahr 1917 ging die Mehrheit der Mitglieder im SPD-Kreiswahlverein Hanau-Gelnhausen-Orb und im Kreiswahlverein Höchst-Homburg-Usingen zur Opposition über.¹⁰ An der Spitze der Opposition im DMV gegen die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführung stand Robert Dißmann, der seit März 1917 auch als Bezirkssekretär der USPD in Südwestdeutschland die parteipolitische Organisation vorantrieb. Unter seiner Führung gelang es der Frankfurter USPD, in den dortigen Metallbetrieben bis zum Herbst 1918 ein dichtes Netz von Vertrauensleuten aufzubauen.¹¹

Der Weg der Hanauer Genossen in die USPD verlief im Verbund mit der Gruppe Internationale bzw. seit Anfang 1916 mit der Spartakusgruppe. Die Hanauer Sozialdemokraten standen schon vor dem Krieg zu den führenden Persönlichkeiten des linken Parteiflügels in enger Verbindung. Rosa Luxemburg und Paul Levi waren in ihren Veranstaltungen gern gesehene Gäste. Auf dem Gründungsparteitag der USPD in Gotha im April 1917 wurde der Hanauer Delegierte Friedrich Schnellbacher als Vertreter des Spartakusbundes in den Parteibeirat gewählt. Die Hanauer Unabhängigen standen mit der Arbeiterschaft in engem Kontakt. Am 29. Oktober 1918 demonstrierten mehrere Tausend Teilnehmer anlässlich der ersten öffentlich genehmigten Versammlung der Hanauer USPD begeistert für die sozialistische Republik, ebenso wie zwei Tage zuvor in Frankfurt die 6.000 Teilnehmer an einer Versammlung mit dem Vorsitzenden der USPD Hugo Haase.¹²

Die Revolution wird ausgebremst: Vom Großherzogtum zum „Volksstaat“

Heinrich Delp, Stadtverordneter in Darmstadt und Geschäftsführer der Baugewerkschaft, erfuhr am 8. November 1918 in einer vertraulichen Besprechung mit dem Oberbürgermeister und dem Großherzog im Stadthaus zu Darmstadt, dass sich auf dem Truppenübungsplatz Griesheim Soldatenräte gegründet hatten. Auf einer nachfolgenden Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensleute im Gewerkschaftshaus unterschlug er diese Nachricht.¹³ Noch in der Nacht wurden auch in den Darmstädter Kasernen Soldatenräte gewählt. Am 9. November um 2.00 Uhr früh belagerten etwa 7.000 Soldaten das Neue Palais, um dort einzudringen und den Großherzog gefangenzunehmen. Am Morgen planten sie, zu den Fabriken zu gehen und dort mit den Arbeitern Kontakt aufzunehmen. Jetzt war Heinrich Delp zur Stelle. In Begleitung des Landtagsabgeordneten der SPD Heinrich Fulda vermochte er es, die Soldaten von ihrem Vorhaben abzubringen. Für den Vormittag des 9. November organisierte die MSPD-Führung eine Kundgebung der Arbeiterschaft, zu der sie durch ihre Emissäre zuvor die Genehmigung der Unternehmer eingeholt hatte.¹⁴ Ein Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) wurde gebildet, dem außer den Soldatendelegierten vier Vertreter der MSPD und ein Mitglied der Fortschrittspartei angehörten. Auf Anordnung des AuSR wurden alle öffentlichen Gebäude vom Militär besetzt und für den Tag das Erscheinen der bürgerlichen Zeitungen verboten.

⁹ Siehe Pákh, Hanau, S. 292, 300.

¹⁰ Siehe Judit Pákh: Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832-1933, Bd. 2, Frankfurt am Main 1997 S. 695ff.; Pákh, Hanau, S. 300.

¹¹ Siehe Pákh, Frankfurter Arbeiterbewegung, S. 693ff., 697, 699; Pákh, Hanau, S. 300; Zwischen Römer und Revolution. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Frankfurt am Main, Frankfurt 1969, S. 67.

¹² Siehe Pákh, Hanau, S. 299, 301, 303; Pákh, Frankfurter Arbeiterbewegung, S. 704.

¹³ Siehe L. Bergstässer (Hrsg.): Carl Ulrich. Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten, Offenbach 1953, S. 104ff.. Delp gab sein Geheimnis erst in einer Sitzung des hessischen Landtags im Herbst 1928 preis als Beweis dafür, dass die SPD sich im November 1918 nicht nur aus selbstsüchtiger parteipolitischer Absicht an die Spitze der Bewegung gesetzt hatte.

¹⁴ Siehe Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 401.

Am Nachmittag des 9. November mahnte der inzwischen in Darmstadt eingetroffene Reichstags- und Landtagsabgeordnete der MSPD Carl Ulrich auf einer Volksversammlung die Massen zur Ruhe und Ordnung und bekundete als Ziel der Umwälzung die Errichtung eines Volksstaates. Anschließend begab er sich ins Neue Palais, wo es ihm jedoch nicht gelang, den Großherzog zur Abdankung zu bewegen. In der nachfolgenden Sitzung des AuSR antwortete Ulrich auf die Frage, ob Ernst Ludwig abgedankt habe: „Ihr habt ihn ja in der vorigen Nacht abgesetzt. Dabei bleibt’s.“ Noch in dieser Sitzung beauftragte der Darmstädter AuSR die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit der Bildung einer republikanischen Regierung.¹⁵

Auf einem Extrablatt des Darmstädter MSPD-Organs „Hessischer Volksfreund“ prangte am Abend des 9. November die Schlagzeile: „Hessen Sozialistische Republik“.¹⁶ Sie zielte auf die tiefe Sehnsucht breiter Volksschichten, die in der Tradition der Sozialdemokratie verankert waren und im Vertrauen auf diese Partei die Verwirklichung einer revolutionären Utopie erhofften. Schließlich galt noch immer das Erfurter Programm von 1891, das als Ziel der Partei die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft definierte. Die erfolgreiche Revolution in Russland, deren Beginn am 7. November 1917 ein Jahr zurücklag, gab solchen Hoffnungen Auftrieb.

In Offenbach, im Industriezentrum der Provinz Starkenburg, leitete am Nachmittag des 8. November 1919 eine große Demonstration aller Betriebe, von den sozialdemokratischen Vertrauensleuten organisiert, die Revolution ein. Ein Arbeiterrat („Arbeiter-Aktionsausschuss“) wurde am Abend in der Versammlung der Betriebsvertrauensleute gewählt mit dem SPD-Landtagsabgeordneten und Chefredakteur des „Offenbacher Abendblattes“ Georg Kaul als Vorsitzenden. Die Gründung eines Soldatenrates in der Garnison folgte am nächsten Tag, und am Nachmittag des 9. November fand die formelle Konstituierung des AuSR statt, in den auch Delegierte der USPD und der Fortschrittspartei eintraten. Der Soldatenrat besetzte alle staatlichen Behörden, die Stadtverwaltung aber blieb unter der Kontrolle der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Zur Sicherung der öffentlichen Ordnung wurde eine „Volkswehr“ aufgestellt.¹⁷

Im Unterschied zu Darmstadt und zu Offenbach waren in Mainz 50 Matrosen aus Frankfurt/Main die Sendboten der Revolution. Sie trafen dort am Abend des 8. November 1918 mit dem Zug ein, entwaffneten ohne Widerstand die Bahnhofswache und die dort postierten Festungsgendarmen. Soldaten der Ersatztruppenteile der Mainzer Garnison schlossen sich ihnen an. Am Morgen des 9. November folgte die Befreiung der Insassen aus dem Militär- und dem Landgerichtsgefängnis. Die Matrosen ahnten noch nicht, dass man sie im Laufe des Tages verhaften und aus der Stadt schaffen würde. Noch bevor die Revolution in Berlin siegte, hatte sich in Mainz die Gegenrevolution organisiert. Die Abwehr des „Chaos“ wurde durch die örtlichen Vertreter der freien Gewerkschaften und der MSPD durchgeführt. Sie standen unter der Leitung des Landtagsabgeordneten und Redakteurs des „Mainzer Volksblattes“ Bernhard Adelung. Ihnen gelang es, einen Teil des anwesenden Militärs zu gewinnen, besonders Offiziere und Unteroffiziere des Mainzer Landsturmbataillons und der Festungsgendarmerie. In Windeseile wurde eine Bürgerwehr aus den Anhängern aller Parteien aufgestellt. Am Nachmittag konstituierte sich aus den gewählten Soldatenräten und aus sozialdemokratischen wie freigewerkschaftlichen Funktionären der Mainzer AuSR als Zentralrat, welcher die vollziehende Gewalt über die Stadt und über die Provinz Rheinhessen übernahm. Vorsitzender wurde Adelung. Zur Abwehr angeblich drohender Gefahren wie Mord, Raub, Plünderung wurden in Mainz wie auch in Darmstadt Standgerichte gebildet.¹⁸ Am 15. November wurde Adelung zur Belohnung von der Stadtverordnetenversammlung zum 3. Beigeordneten (Bürgermeister) der Stadt Mainz gewählt mit einem Jahresgehalt von 10.000 Mark. Eine großherzogliche Bestätigung der Bürgermeisterwahl, die vor 1914 Sozialdemokraten regelmäßig verwehrt wurde, hätte wohl nicht lange auf sich warten lassen. Adelung brauchte sie nun nicht mehr.¹⁹

¹⁵ Siehe ebenda, S. 401f.

¹⁶ Abgebildet in Eckhart G. Franz, Die Chronik Hessens, Dortmund 1991, S. 328.

¹⁷ Siehe Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 402; Heinrich Galm: Ich war halt immer ein Rebell, Offenbach 1980, S. 38.

¹⁸ Siehe Adelung, Sein und Werden, S. 173ff., 177; Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 403; Franz, Chronik, S. 328.

¹⁹ Siehe Adelung, Sein und Werden, S. 184.

Der 10. November war ein milder Herbstsonntag, an dem Zehntausende von Menschen aus dem Land in die Städte strömten, um den Sieg der Revolution, den Sturz der Hohenzollern-Monarchie gemeinsam zu feiern. Auch nach Darmstadt setzte die Völkerwanderung ein, wo die Landtagsfraktion der SPD gerade über die ihr vom AuSR übertragene Aufgabe der Regierungsbildung verhandelte. Carl Ulrich sah in dem Massenaufgebot eine Gefahr für die „öffentliche Sicherheit“ aufziehen und war bereit zu handeln: „In dieser Situation trat ich an den Kommandeur der Soldaten heran und besprach mit ihm, was im Interesse der Volksmassen, die die Straßen belebten, getan werden könnte. Er wusste sofort Rat: ‚Wir werden Fliegeralarm schießen, das wird die Straßen schnell säubern‘, meinte er. Ich stimmte dem Vorschlag zu, und bald donnerten und krachten die Kanonen, dass uns in der Fraktionssitzung in der Kanzlei der Kammer die Ohren dröhnten. Die Wirkung trat unerwartet schnell ein: In kaum mehr als eine Viertelstunde waren die Straßen fast leer, und die Gefahr für die Volksmassen war glücklich beseitigt.“²⁰ Anzumerken bleibt, dass sowohl Fliegeralarm wie auch Fliegerangriff zu den Kriegserlebnissen der Darmstädter Bevölkerung gehörten.

So abweisend Ulrich den Volksmassen begegnete, so vertrauensvoll wandte er sich den Bürgerlichen zu. Nach der Proklamierung der hessischen Republik noch am Nachmittag des 10. November auf der Versammlung der inzwischen zum *Hessischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat* (ABuSR) aufgestiegenen Darmstädter AuSRäte wurde am 14. November die neue provisorische Regierung vorgestellt. Ihr gehörten neben dem Ministerpräsidenten Ulrich zwei Vertreter der SPD und je ein Mitglied der Fortschrittspartei (bald „Deutsche Demokratische Partei“ genannt) und des Zentrums an. Ohne Not, sozusagen in vorausgehendem Legitimationsbedürfnis, holte Ulrich Vertreter des Bürgertums in die Regierung, denen an der Verwirklichung der revolutionären Ziele und der Sicherung der Räte genauso wenig lag wie ihm selber. Am gleichen Tag schloss die neue Regierung ein Übereinkommen mit den AuSRäten über die Kompetenzabgrenzung, das die Räte praktisch jeder Zuständigkeit beraubte. Für interne militärische Angelegenheiten waren die Soldatenräte allein zuständig, alle Fragen des zivilen Lebens aber unterstanden der Regierung. Als Regierungsprogramm sollten die schwammigen Begriffe „Volkswohlfahrt und Demokratie“ genügen. Schon am 3. Dezember wurde die „Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden Volkskammer der Republik Hessen“ verabschiedet.²¹ Die Möglichkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft wurde damit bewusst verbaut. Konnten die Delegierten des Reichsrätekongresses, der zwei Wochen später am 16. Dezember in Berlin begann, noch hoffen, die sozialistischen Parteien würden in den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die absolute Mehrheit gewinnen, so waren für die hessische Republik von vornherein die Weichen in Richtung einer Koalition mit den Bürgerlichen gestellt. Sie schloss nicht nur sozialistische Ziele aus, sondern rückte auch eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft in weite Ferne. Zwar schlossen sich am 19. November 1918 die hessischen Arbeiter- und Soldatenräte zu einem Landesverband zusammen, ihre Tage waren aber schon gezählt. Infolge der Waffenstillstandsvereinbarungen gehörte Rheinhessen zu französisch besetztem Gebiet, ebenso wie der Mainzer Brückenkopf, der auch Teile der Provinz Starkenburg einschloss. Nach dem Einrücken von französischen Truppen im Dezember 1918 wurden die AuSR in diesen Regionen bald aufgelöst. Darmstadt und Offenbach lagen in der entmilitarisierten Zone. Zumindest die Arbeiterräte hätten dort weiter bestehen können, der hessische ABuSR löste sich aber am 10. Dezember ebenfalls auf. Es wurde ein „Volksrat für die Republik Hessen“ gebildet, der sich auf alle Bevölkerungsschichten stützen sollte. Eine entsprechende Änderung wurde auch auf örtlicher Ebene veranlasst. Die Wahlen zum verfassungsgebenden Landtag am 26. Januar 1919 brachten der MSPD von 70 Mandaten 31, der USPD nur eins. Am 11. Februar löste sich der „Landesvolksrat“ auf und übertrug die gesetzgebende Gewalt, die er praktisch nie ausgeübt hatte, auf den Landtag, der zwei Tage später zusammentrat. Am 20. Februar 1919 wurde das „Gesetz über die vorläufige Verfassung für den Freistaat (Republik) Hessen“ verabschiedet, schließlich am 12. Dezember

²⁰ Ulrich, Erinnerungen, S. 118f.

²¹ Siehe Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 403f.

1919 mit der endgültigen Verfassung der „Volksstaat Hessen“ proklamiert.²² Vom „Geist des Sozialismus“ fand sich in ihr keine Spur.²³

Nicht überall wurde diese Politik widerstandslos hingenommen. In Offenbach versuchten am 18. April 1919, dem Karfreitag, mehrere tausend Menschen unter Führung der KPD, teilweise bewaffnet, den allgemein verhassten „Volksrat“ abzusetzen. Die Volkswehr und das aus Darmstadt herbeigeholte Militär schossen in die Menge. 16 Tote und viele Verletzte blieben auf dem Pflaster. Der Belagerungszustand wurde verhängt und die Führer der Aktion verhaftet.²⁴

Der Vertrauensverlust der MSPD wurde das erste Mal bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 deutlich. Im Wahlkreis Darmstadt verlor die MSPD im Verhältnis zu den Wahlen zur Nationalversammlung über 10 Prozent der Stimmen, in Mainz über 14 Prozent und in Offenbach fast 20 Prozent. Die Verluste kamen in allen drei Fällen fast vollständig der USPD zugute.²⁵

Ordnungsfaktor in Nordhessen: Der „Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat“ in Kassel

Nachdem am Morgen des 9. November 1918 etwa 200 Matrosen aus Köln in Kassel die Revolution eingeleitet hatten, wurde noch am Nachmittag in einer Volksversammlung, an der die Beschäftigten sämtlicher Betriebe teilnahmen, ein provisorischer AuSR bestätigt. In der konstituierenden Versammlung am 12. November bekam der AuSR seine endgültige Gestalt. Die Versammlung wurde aus 300 Soldatenvertretern und aus 300 Arbeiterdelegierten gebildet. Letztere wurden nicht in den Betrieben gewählt, sondern je zur Hälfte von den Gewerkschaftsvorständen und vom Vorstand des Gewerkschaftskartells nominiert. Die andere Hälfte wurde von den Vorständen der MSPD und der USPD entsandt. Die in dieser Versammlung durch Zuruf gewählte Exekutive des Arbeiterrates wurde durch die Arbeiterparteien paritätisch besetzt. Infolge der gemäßigten Haltung der Kasseler USPD waren von ihrer Seite gravierende Kontroversen nicht zu erwarten. Da in der Leitung des Soldatenrates Vertreter der MSPD überwogen, dominierten sie das Gremium.²⁶

In der Exekutive des AuSR waren von der Seite der MSPD die leitenden Funktionäre der örtlichen Arbeiterbewegung zusammengefasst: der Vorsitzende und Leiter des Gewerkschaftskartells Albert Grzesinski, sein Stellvertreter und Vorsitzender der Kasseler MSPD Richard Hauschildt, das Mitglied des Kasseler Parteivorstandes Cornelius Gellert, der Reichstagsabgeordnete der Kasseler MSPD Georg Thöne. Sie alle genossen Rückhalt in den Führungsstäben der MSPD im Reich und in Preußen. Grzesinski und Thöne wurden in die höchste Vertretung der Räte, in den Zentralrat der Republik gewählt, Grzesinski bekam im Juni 1919 den Posten eines Staatssekretärs im preußischen Kriegsministerium.

Noch in seinem provisorischen Stadium ernannte sich der Kasseler AuSR zum Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat (ZAuSR) für den Bereich des 11. Armeekorps, das teilweise auch Gebiete des Großherzogtums Hessen sowie von Thüringen umfasste. Dadurch erhob er sich zur Kontrollinstanz für das Stellvertretende Generalkommando. Für den Regierungsbezirk übernahm er gleichzeitig die Rolle eines Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrates (BAuSR). Von der Reichsregierung wurde diese übergeordnete Funktion des Rates am 18. November ausdrücklich bestätigt.

Der Regierungspräsident erteilte noch am 11. November den Landräten die Weisung, fortan den Anordnungen der KreisAuSR und des BAuSR Folge zu leisten.²⁷

²² Siehe ebenda, S. 405f.; Franz, Chronik Hessens, S. 330.

²³ Der Landtagspräsident Adeling bat sein Publikum in seiner Eröffnungsrede am 13. Februar um Nachsicht für eventuelle unvermeidliche Veränderungen: „Vergessen wir ... nicht, dass die Masse des Volkes mehr als je durch Sozialismus der kapitalistischen Gewinnanhäufung entgegen zu wirken sucht.“ Adeling, Sein und Werden, S. 194.

²⁴ Siehe Franz, Chronik Hessens, S. 334; Haren, Volkstaat Hessen, S. 164f.; Galm, Ich war halt ein Rebell, S. 37f.

²⁵ Siehe Thomas Klein: Die Hessen als Reichstagswähler 1867-1933, Bd. 3, Marburg 1993. Die Verringerung in den einzelnen Städten in absoluten Zahlen: Darmstadt 1919: 16134, 1920: 12966; Mainz 1919: 27170, 1920: 16414; Offenbach 1919: 22544, 1920: 13462. Im ganzen Volksstaat Hessen gaben im Januar 1919 289.211 Wähler der MSPD, 12.633 der USPD ihre Stimme. Im Juni 1920 entfielen auf die MSPD 179.800, auf die USPD 72.420 und auf die KPD 3.014 Stimmen. (Statistisches Handbuch für den Volksstaat Hessen 1924, S.153).

²⁶ Siehe Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 171ff., 178f., 184f., 188. Erst im Mai 1919 bekam in der Exekutive auch ein bürgerlicher Vertreter aus der DDP Platz.

²⁷ Siehe ebenda, S. 176, 216, 218f.

Die zivilen wie die Militärbehörden kamen dem AuSR bereitwillig entgegen, da sie in diesem Gremium einen Garanten gegen eine tatsächliche Revolution erblickten. Der Kasseler AuSR verstand sich als oberstes Kontroll- und Verwaltungsorgan seiner Zuständigkeitsbereiche, zunehmend auch als selbständige Behörde mit Weisungsbefugnis. Er entsandte jedoch im Unterschied zum AuSR in Frankfurt keine Vertrauenspersonen mit Kontrollbefugnis in kommunale und staatliche Instanzen, außer zwei Vertretern in den Kasseler Magistrat, die von den Stadtverordneten als Stadträte bestätigt wurden. Es kam in der zivilen und militärischen Verwaltung zu keiner Amtsenthebung.²⁸

Auf dem Gebiet des Regierungsbezirks war der Kasseler AuSR die höchste Instanz der Räteorganisation mit politischer Entscheidungskompetenz, während den örtlichen Räten eine Kontrollaufgabe zukam. Sie hatten den BAuSR bei seiner Arbeit zu unterstützen und die Durchführung seiner Maßnahmen sowie die örtlichen Behörden und die Landräte zu überwachen. Allerdings hatten die örtlichen Räte auf der gemäßigten Linie der Kasseler Vorgesetzten zu bleiben.

Bei der Auflösung des von Marinesoldaten gegründeten „wilden“ AuSR in Hofgeismar im November 1918 spielte der ZAUSR eine aktive Rolle. Der AuSR in Schlüchtern wurde wegen eigenmächtigen Vorgehens ermahnt: Demokratie hieße auch ein- und unterordnen.²⁹ Die AuSR in Hanau und Gelnhausen im Süden des Regierungsbezirks, in denen die USPD dominierte, erkannten die führende Position des ZAUSR in Kassel nicht an.³⁰ Sie sahen in diesem Gremium zu Recht ein Bollwerk der MSPD. Die militärpolitische Tätigkeit des ZAUSR war eindeutig auf die Begrenzung des Wirkungsfeldes der Soldatenräte ausgerichtet, nach der Devise der MSPD, dass diese nur ein bis zum Friedensschluss bestehendes Provisorium darstellten. Auf Anregung der thüringischen Garnisonen, die mehrheitlich zur USPD standen, wurde am 3. Dezember als Gegengewicht zum ZAUSR ein gesonderter Zentral-Soldatenrat (ZSR) gewählt, der sich aus Vertretern des 11. Und des 15. Armeekorps zusammensetzte. Vertreter der thüringischen Garnisonen bezeichneten die Kasseler Revolution als eine „künstliche“, da der ZAUSR das Generalkommando nicht entschieden genug kontrolliere.³¹

Am 13. November 1918 ließ sich die Oberste Heeresleitung (OHL) unter der Leitung des Generalfeldmarschalls Hindenburg und des Generalquartiermeisters Wilhelm Groener in Kassel-Wilhelmshöhe nieder. Der ursprüngliche Plan, sich in Bad Homburg einzurichten, scheiterte nur anscheinend an den „unverschämten Forderungen“ des Homburger AuSR. Ausschlaggebend für den Verzicht war die Nähe der Großstadt Frankfurt mit ihrer starken linken Arbeiterbewegung. Vom Kasseler ZAUSR erwartete Groener eine positivere Haltung, da es der Kasseler Oberbürgermeister (OB) Koch nach seiner Ansicht verstand, den dortigen AuSR in Schach zu halten.³²

Die geheime Vereinbarung zwischen Ebert und Groener, die die Revolution von ihrer ersten Stunde an den militärischen Kräften der Gegenrevolution ausgeliefert hatte, bestärkte Hindenburg in seiner Grundhaltung, dem Soldatenrat der Obersten Heeresleitung, auch Soldatenrat (SR) des Feldheeres genannt, keine Eingriffsmöglichkeit in die Militärpolitik der OHL zu geben. Der Beschwerde des Soldatenrates der OHL darüber Ende Dezember an Ebert und an den Kasseler ZAUSR stieß auf taube Ohren.³³ Konkret ging es um die „Hamburger Punkte“, die am 18. Dezember vom Reichsrätekongress gegen den Willen der MSPD-Führung angenommen worden waren. Sie unterstrichen die ursprünglichen antimilitaristischen Forderungen der Soldatenräte. Die sieben „Hamburger Punkte“ stießen auf den erbitterten Widerstand der militärischen Führung. Der Weihnachtserlass Hindenburgs, der sich gegen diese Forderungen richtete, war ohne Wissen des Soldatenrates der OHL veröffentlicht worden. An der Chefbesprechung der OHL, die diesem Aufruf vorausgegangen war und bei der die Stellungnahme gegen die Rätebeschlüsse erfolgte, waren weder der Soldatenrat noch die Reichsregierung vertreten.³⁴

²⁸ Siehe ebenda, S. 175, 259.

²⁹ Siehe ebenda, S. 216ff., 219; Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 434.

³⁰ Siehe Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 218.

³¹ Siehe Gunther Mai: Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/1920, Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 26, 1976, S. 186f.

³² Siehe Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 365, Anm. 844.

³³ Siehe ebenda, S. 246; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Frankfurt am Main-Berlin-Wien 1978, S. 212.

³⁴ Siehe ebenda, 212f.; Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 246f.

Am 30. Dezember fand im Kasseler Rathaus auf Veranlassung der OHL eine Besprechung mit dem Kasseler OB und mit dem ZAUSR statt. Ziel war es, die in Kassel aufgekommene Unruhe über das Verhalten der OHL zu besänftigen. Groener versicherte den Anwesenden, dass die OHL keinerlei Ambitionen zu gegenrevolutionären Maßnahmen habe und voll hinter der Regierung stehe. Der ZAUSR vertraute auf dieses Versprechen, trotz der Kenntnis des Anschlags auf die Volksmarinedivision zu Weihnachten in Berlin und der Tatsache, dass der Ring der Freikorps um Berlin unter der Regie der OHL und mit Billigung der Regierung Ebert immer enger gezogen wurde. In seinem Beschluss vom 7. Januar 1919 in dieser Angelegenheit bestätigte er das übergeordnete Kontrollrecht der Reichsregierung über die OHL und beschränkte das Kontrollrecht des Soldatenrates der OHL auf Ausnahmesituationen.³⁵

Am 19. Januar 1919 erließ die Reichsregierung in Übereinstimmung mit der OHL Ausführungsbestimmungen zu den „Hamburger Punkten“, die einer Entmachtung der Soldatenräte gleichkamen. Diese „Vorläufige Regelung der Kommandogewalt“ stieß bei allen Soldatenräten des 11. Armeekorps auf einhellige Ablehnung. Mit der Besetzung Weimars durch ein Freikorps unter dem Kommando des Generals Maercker und der nachfolgenden Absetzung einiger Soldatenräte in Thüringen setzte die Regierung jedoch immer neue Tatsachen.³⁶

Ganz auf der Linie der MSPD verstand sich der Kasseler ZAUSR als Provisorium bis zur „Demokratisierung Deutschlands“, worunter die MSPD-Führung die Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft im Rahmen des Parlamentarismus und die Abwehr aller sozialistischen Forderungen verstand. In diesem Sinne unterstützte der Zentralrat die baldige Wahl der Nationalversammlung mit den Stimmen seiner vier Delegierten im Dezember auf dem Reichsrätekongress.

Bald nach der Zusammenkunft der Nationalversammlung in Weimar, fern vom unruhigen Berlin, tauchten jedoch Zweifel an der bisherigen Politik auf. In der Bezirksversammlung am 18. Februar trat der BAUSR vehement für die Stärkung der Räte als Kontrollorgane der Verwaltungen ein, und einige Tage später bekräftigte auch der ZAUSR diese Auffassung.³⁷ In der Vollversammlung des ZAUSR am 6. März 1919 legte Hauschildt einen Forderungskatalog an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung vor, der die Rückkehr zu den ersten Novembertagen anstrebte: Umbildung der Reichsregierung in eine rein sozialdemokratische, Errichtung einer Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkammer neben der Nationalversammlung, Weiterbestehen der größeren Räte und der Rätevereinigungen, Sozialisierung der geeigneten Betriebe. Der Katalog wurde mit wenigen Gegenstimmen angenommen. Als Unterstützung der Belange der Soldatenräte wurde die Abschaffung der bestehenden „Militärgewalt“ bis zum 1. Oktober 1919 und die Entfernung aller Rangabzeichen bis zum 25. März in die Liste der Forderungen aufgenommen.³⁸

Die reale Entwicklung war inzwischen jedoch über Forderungen und Zugeständnisse gleichermaßen hinweggegangen. Bei der Niederschlagung des gleichzeitigen Generalstreiks in Berlin fanden schätzungsweise 1.200 Menschen den Tod.

Gegen den Strom: Der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat³⁹

Als sich am Nachmittag des 9. November 1918 der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat konstituierte, hatte er schon verschiedene Etappen der Ausgestaltung hinter sich, vom Wettlauf der Arbeiterparteien um die Gunst der Soldaten bis zur Bildung eines Arbeiterrates mit USPD-Dominanz. Im Vollzugsausschuss saßen schließlich mehrheitlich der MSPD angehörende Soldatenräte und je sieben Vertreter beider Arbeiterparteien. Der kommandierende General des 18. Armeekorps war aus der Stadt geflohen, der Polizeipräsident Rieß von Scheurnschloß verhaftet und der SPD-Stadtverordnete Hugo Sinzheimer vom Soldatenrat zum Polizeipräsidenten ernannt. Am Montag, dem 11. November, nahm das Plenum des Arbeiterrates Gestalt an. Dessen Mitglieder, zuvor in den Betrieben gewählte Arbeiterräte, bestätigten den 14köpfigen Vollzugsausschuss als Exekutive. Nachdem Magistrat und Stadtverordnetenversamm-

³⁵ Siehe ebenda, S. 247ff.

³⁶ Siehe Mai, Marburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 187f.

³⁷ Siehe ebenda, S. 234ff.; Mai, Marburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 193.

³⁸ Siehe ebenda, S. 190; Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 237f.

³⁹ Siehe Judit Pákh (Bearb.): Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832-1933, Bd. 2, Frankfurt am Main 1997, S. 775ff.

lung den AuSR als die höchste Vertretung der Stadt anerkannt hatten, wurde am 13. November auf dem Römer, dem Frankfurter Rathaus, die rote Fahne gehisst. Vor dem Hauptbahnhof verkündete eine große Tafel den Ankommenden: „Die deutsche sozialistische Republik grüßt Euch! Die alten Gewalten sind durch die Revolution des schaffenden Volkes gestürzt. Künftig seid Ihr Herr Eurer Geschicke.“

Die Träger der Revolution in Frankfurt waren neben der USPD und ihrer Anhängerschaft der starke linke Flügel der MSPD und deren Vertreter im AuSR. Für Delegierte der Angestellten- und Beamtenverbände stand der Rat ebenso offen wie später für die Erwerbslosenkommision und die neu gegründete KPD. Der Kontrolle der Kommunalverwaltung diente die Entsendung von vier Vertretern des AuSR in den Magistrat (Eduard Gräf und Karl Möller für die SPD, Robert Dißmann und Toni Sender für die USPD), wie auch die Platzierung von Beauftragten

des AuSR in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung. Am 19. November wurde der AuSR von der Vollversammlung der Soldatenräte des Korpsbereichs des 18. Armee Korps (AK) als Zentralinstanz anerkannt. Allerdings hielt sich der Vertreter des Offenbacher AuSR Georg Kaul auf Distanz. (Offenbach lag im Korpsbereich des 18. AK) „Wir wollen die Revolution, aber nicht die Diktatur des Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrats“, verkündete er in der Sitzung.

In seiner Funktion als Zentralinstanz entsandte der Frankfurter AuSR auch in staatliche Dienststellen wie Eisenbahndirektion und Oberpostdirektion Vertreter, die sogenannten Kontrollausschüsse, die praktisch als Betriebsräte tätig werden sollten. Der Kontrollausschuss bei der Eisenbahndirektion Frankfurt der Preußisch-hessischen Eisenbahnen, der „Verkehrsausschuss“, erkämpfte in seiner Dienststelle weitgehende Mitbestimmungsrechte. Er setzte sich entschieden für den Ausbau des Rätessystems in der gesamten deutschen Eisenbahnverwaltung ein.

Der Anregung des Verkehrsausschusses folgend, trat Anfang April 1919 in Frankfurt ein allgemeiner Kongress der Eisenbahnräte zusammen, auf dem die Bildung einer zusammenhängenden Räteorganisation der Eisenbahner beschlossen wurde.⁴⁰

Das Inkrafttreten des Waffenstillstands am 11. November 1918 bewirkte auch für Frankfurt und seine Umgebung einschneidende Veränderungen. Zwischen Dezember 1918 und April 1919 zogen in Höchst, Nied und Griesheim französische Truppen ein. Auch Wiesbaden, das Verwaltungszentrum des Regierungsbezirks, wurde besetzt. Die dort gegründeten AuSR wurden aufgelöst. Frankfurt und Hanau lagen in der neutralen Zone, die von sämtlichen militärischen Einrichtungen und den dort stationierten Soldaten geräumt werden musste. Am 10. Dezember löste sich auch der Frankfurter Soldatenrat auf. Die vom AuSR geschaffenen eigenen Sicherheitsorgane gewannen jetzt größeres Gewicht. Ihren Kern bildete der 130 Mann starke Marinesicherungsdienst. Die Mitte November aufgestellte Arbeiterwehr fasste politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zusammen und erreichte im Januar 1919 eine Stärke von 1.400 Mann. In diesem Monat wurde sie als „Hilfspolizei“ mit der kommunalen Polizei vereinigt. Ihre Mitglieder erhielten Beamtenstatus.

Die OHL versuchte, die Räumung der neutralen Zone für einen Angriff auf die Revolution zu nutzen. In der Presse wurde am 9. Dezember die Falschmeldung verbreitet, dass die Entente auch in der neutralen Zone unverzüglich die Auflösung der AuSR wünscht. Der Frankfurter Arbeiterrat verwahrte sich bei der Reichsregierung wie auch beim Reichsrätekongress gegen diese Manipulation. In Wirklichkeit bot die Entmilitarisierung des Gebiets für die Räte vorerst einen gewissen Schutz, da deutsches Militär dieses Terrain nur mit Zustimmung der Besatzungsmacht betreten durfte.

Das Wüten der Regierungstruppen in Berlin, das auch den Hintergrund für die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht lieferte, rief die Fraktionen des Arbeiterrates gemeinsam auf den Plan. Die Exekutive stimmte einhellig einer EntschlieÙung zu, die am 17. Januar 1919 als Telegramm an die Ebert-Regierung und an alle deutschen Arbeiterräte verschickt wurde. Sie forderte den Rücktritt der Reichsregierung. Die Regierung habe die notwendigen Demokratisierungsmaßnahmen vor der Einberufung der Nationalversammlung unterlassen und dadurch die blutigen Ereignisse in Berlin provoziert sowie das Schicksal der Revolution einer bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung in die Hände gelegt. An ihre Stelle solle eine Regierung aus Vertretern aller sozialistischen Gruppen treten. – Der Vorstand der Frankfurter MSPD distanzierte sich sofort von dieser Aktion und sprach ihren Vertretern

⁴⁰ Siehe Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Berlin 1976, S. 177ff.

in der Exekutive des Arbeiterrates das Recht ab, den Rücktritt der Regierung zu fordern. Die erhobenen Vorwürfe seien zudem „sachlich unrichtig“.

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erbrachten in Frankfurt, im Gegensatz zum Reich, eine knappe Mehrheit der Arbeiterparteien, wobei die USPD im Vergleich zur MSPD etwa ein Zehntel der Stimmen bekam (MSPD: 112.012, USPD: 11.133). In der Stimmung der MSPD-Wählerschaft brachten die nächsten Wochen eine merkliche Veränderung. Bei der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung am 2. März 1919 verlor die MSPD fast die Hälfte der am 19. Januar erhaltenen Stimmen. Der Verlust führte allerdings nur zu einer geringfügigen Erhöhung der Stimmenzahl für die USPD. Es liegt nahe, in diesem Wahlergebnis einen Ausdruck der Resignation innerhalb der linken Anhängerschaft der MSPD zu sehen. Die Tätigkeit der Nationalversammlung in Weimar und die von Gustav Noske im Auftrag der Regierung Ebert koordinierten Militäreinsätze gegen die Zentren der Revolution waren wenig dazu angetan, die Mitglieder und Wähler auf dem linken Flügel der MSPD zu motivieren. Zum Zeitpunkt der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung herrschte im nahen Hanau der Belagerungszustand, verhängt von General Rumschöttel, Befehlshaber der Regierungstruppen, die am 22. Februar die Stadt besetzt hatten. Die Vollversammlung des Frankfurter Arbeiterrates protestierte am 25. Februar einstimmig gegen den Militäreinsatz.⁴¹

Nach dem erfolgreichen Angriff der Konterrevolution auf Hanau initiierten bürgerliche Kreise auch in Frankfurt eine breit angelegte Diffamierungskampagne gegen den Arbeiterrat, die vor allem die angeblich schlechte Sicherheitslage und den Zustand der Hilfspolizei zum Gegenstand hatte. Die Kritik richtete sich auch gegen Leopold Harris (MSPD), der Ende April 1919 Hugo Sinzheimer als Polizeipräsident abgelöst hatte. Durch eine Neuwahl sollten auch Vertreter des Bürgertums in den Arbeiterrat Eingang finden. Die Arbeiterwehr (Hilfspolizei) sollte die Aufnahme bürgerlicher Kräfte zulassen. Dem Arbeiterrat gelang es, von der sozialdemokratischen Linken gestützt, diese Forderungen abzuwehren und die Aufstellung einer reaktionären „Einwohnerwehr“ zu verhindern.

Der Frankfurter Arbeiterrat proklamierte für den 13. Juni, den Tag der Beisetzung von Rosa Luxemburg, mit den Stimmen aller seiner Fraktionen einen Generalstreik. Die drei Arbeiterparteien, MSPD, USPD, KPD, hielten getrennte Kundgebungen ab. Diese Ereignisse lieferten neue Nahrung für die Attacken der Reaktion, ebenso wie Anfang Juli der Streik der Eisenbahner. Ende Juli stellte der Magistrat offiziell die Kontrollrechte des Arbeiterrates in Frage.

Die Vorbereitungen zur Absetzung der revolutionären Vertretung der Frankfurter Arbeiterschaft traten mit Unterstützung der Reichsregierung in ihre letzte Phase. Am 9. August 1919 trafen sich außerhalb der neutralen Zone in Bad Nauheim Vertreter des 18. Armeekorps, der Kasseler Oberpräsident sowie Beauftragte des Frankfurter Magistrats mit Carl Severing (MSPD), den die Reichsregierung zum Generalkommissar für den Korpsbereich ernannt hatte. Gegenstand der Besprechung bildeten die Maßnahmen, die zum Sturz des Frankfurter Arbeiterrates als notwendig erachtet wurden. Nachdem geklärt war, dass sich die französische Besatzungsbehörde einer Aktion gegen die revolutionären Organe in Frankfurt nicht widersetzen würde, konnten Ende September Noske-Truppen in Gestalt der „Garde-Landeschützenabteilung“ Frankfurt besetzen. Am Rathaus war zuvor die Rote Fahne eingeholt worden. In Kenntnis der neuen Lage gab nun auch die Frankfurter MSPD ihren Widerstand gegen die Neuwahl des Arbeiterrates auf. Die MSPD-Delegierten im Arbeiterrat stellten dort am 1. Oktober 1919 einen entsprechenden Antrag, doch die Rats-Mehrheit verwarf eine Neuwahl unter dem Druck von außen. Anfang Oktober wurde zeitgleich den Räten bei der Oberpostdirektion und der Eisenbahndirektion das Recht bestritten, weiterhin an den Entscheidungen dieser Behörden mitbestimmend teilzuhaben. Der „Verkehrsausschuss“ forderte am 9. Oktober ultimativ die Beachtung seiner durch die Revolution erworbenen Rechte. Am 13. Oktober begann zur Verteidigung der Position des „Verkehrsausschusses“ der zweite Eisenbahnerstreik. Leopold Harris war als Polizeipräsident auch diesmal, wie schon beim ersten Eisenbahnerstreik Anfang Juli, nicht gewillt, gegen die streikenden Arbeiter einzuschreiten. Er verweigerte dem Einsatz der Gardeschützen seine Zustimmung. Der „Verkehrsausschuss“ wurde vorerst in seiner Funktion belassen.

Am 11. November 1919 trat Harris auf Druck seiner Partei, der MSPD, von seinem Posten zurück. Zum neuen Polizeichef wurde der Leiter des Bezirks Frankfurt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Fritz Ehrler (MSPD) ernannt. Am 12. November verließen die MSPD-Delegierten den Arbeiterrat. Die

⁴¹ 41 Siehe Pákh, Das rote Hanau, S. 380ff.

Macht des Arbeiterrats wurde am Morgen des 22. November 1919 endgültig gebrochen, als die Noske-Truppen das Polizeipräsidium stürmten und die Bereitschaft der Hilfspolizei und des Marinesicherungsdienstes entwaffneten.

Eine Insel: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Hanau⁴²

Der Hanauer AuSR wurde am 9. November 1919 überwiegend aus Mitgliedern der USPD gebildet. Im Arbeiterrat saßen 20 Unabhängige neben 5 Vertretern der MSPD. Vorsitzender wurde das USPD-Mitglied und Mitglied des Spartakusbundes Friedrich Schnellbacher. Als Organ der Revolution verfolgte der AuSR von Anfang an das Ziel einer sozialistischen Umgestaltung. Dabei fand der Rat in der Hanauer Arbeiterschaft breite Unterstützung.

Der AuSR griff mit mehreren Verordnungen in die Verfügungsgewalt der Unternehmer ein, so bei Entlassungen, bei der Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern und selbst bei Entlohnungsfragen. Zur Absicherung seiner Tätigkeit im Stadt- und Landkreis bestellte der AuSR den Stadtverordneten der USPD Georg Wagner zum provisorischen Polizeidirektor und Landrat. Dem amtierenden Landrat Carl Christian Schmid wurde Mitarbeit angeboten. Er war noch am 4. November, d. h. vor der Revolution, von der preußischen Regierung in Kassel ernannt worden. Schmid, bis ins Mark konservativ und antisozialistisch eingestellt, gab sich zunächst kooperativ, betrieb jedoch hinter den Kulissen von Anfang an die Absetzung Wagners und die Beseitigung der Räte. Dabei kamen ihm seine Kontakte zu führenden Vertretern der MSPD zugute. Er hatte sie während des Krieges als Regierungsrat im preußischen Innenministerium geknüpft. Unterstützung fand er auch im Kreisausschuss, einem noch nach dem reaktionären Dreiklassenwahlrecht gewählten Gremium. Unter dem Eindruck des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht trat Georg Wagner am 16. Januar zurück. Dem Ultimatum des Generalkommandos des 18. Armeekorps folgend, schränkte der AuSR Ende Januar seine Funktion auf die Wahrnehmung von Arbeiterinteressen ein. Davon unbeeindruckt bemühte sich Schmid weiterhin im Zusammenwirken mit dem Regierungspräsidenten (MSPD) und dem preußischen Innenminister Rudolf Breitscheid (USPD) um militärische Unterstützung. Schmid's offenkundiges Ziel war dabei die gewaltsame Zerschlagung der Linken in Hanau. Unruhen am 18. und 19. Februar, deren Ursachen nie ganz aufgeklärt wurden, dienten als Vorwand zum Einmarsch der Regierungstruppen am 22. Februar 1919. Die Führer des AuSR wurden verhaftet und das Gewerkschaftshaus durchsucht. Noch während des Belagerungszustandes fanden am 2. März 1919 in Hanau die Stadtverordnetenwahlen nach dem neuen Wahlrecht statt. Die USPD, deren Listenführer Friedrich Schnellbacher, Georg Wagner und Wilhelm Schwind im Gefängnis saßen, bekam die meisten Stimmen und gewann 12 von 42 Mandaten.

Das Beispiel Hanau macht deutlich, wie viel Energie durch das Doppelspiel der Regierung Ebert und ihrer Stellvertreter vergeudet wurde, so dass der Kampf selbst dort verloren ging, wo alle Voraussetzungen des Sieges bestanden hatten.

Clara Zetkin hat die Bedeutung dieses Beispiels gewürdigt. Sie nannte das revolutionäre Hanau eine Insel im Ozean: „Es war ein vorgeschobener Posten der proletarischen Revolution, der zurückgezogen werden musste, weil die breiten starken Heersäulen nicht folgten.“⁴³

1918-images/

⁴² Siehe Pákh, *Das rote Hanau*, S. 380ff.

⁴³ Clara Zetkin: Vorwort zu Friedrich Schnellbacher: *Hanau in der Revolution vom 7. November 1918 bis 7. November 1919*, Hanau 1920, S. 9.